

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1,80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,60 Mark. Geschiedt wöchentlich je einmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unten unten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: H. B. Rindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redaktionen und Inserate Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelleiste oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Werbefläche 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zahlung vorliegende Betrag die Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 1010 Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 50.

Nr. 142

Montag, den 20. Juni 1932

7. Jahrgang

Die Hessenwahl.

Die Sozialdemokraten gewinnen zwei Mandate. — Die Nazis erreichen nicht die Mehrheit. — Schwierige Regierungsbildung.

Darmstadt, 20. Juni. (E.F.)

Das vorläufige amtliche Ergebnis lautet:

Sozialdemokraten	172 550 (168 104)	Mandate 17 (15)
Zentrum	108 603 (112 244)	Mandate 10 (10)
Kommunisten	82 051 (106 790)	Mandate 7 (11)
Späterpartei	11 796 (23 108)	Mandate 1 (2)
Deutschnationale	11 267 (10 857)	Mandate 1 (1)
Nationalsozialisten	328 268 (291 183)	Mandate 32 (27)
Hessische Demokraten	4 930 (4 613)	Mandate — (—)
Einheitsliste	24 675 (47 445)	Mandate 2 (5)

Das Ergebnis zeigt, daß der Gewinn der Nationalsozialisten in der Hauptsache wiederum, wie bei allen Wahlen der letzten Zeit, auf Kosten der bürgerlichen Mitte geht. Immerhin hat es den Anschein, als ob diesmal auch in Hessen, ähnlich wie beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, zahlreiche Kommunisten zu den Bundesverbänden von rechts hinübergewechselt sind.

Die Frage der Regierungsbildung ist durch das Ergebnis der gestrigen Wahlen nicht einfacher, sondern noch komplizierter geworden. Eine stabile Mehrheit ist nur zu bilden durch das Zusammenwirken von Nationalsozialisten und Zentrum, deren beiden gegenseitiges Verhältnis heute schlechter ist denn je. Andererseits würden für den Fall, daß die zwei Abgeordneten der Einheitsliste sich mit den Deutschnationalen auf die Seite der Nazis schlagen sollten 35 Mandate der Rechten und die bürgerlichen Mitte die gleiche Zahl von Mandaten der übrigen Parteien gegenüberstellen. Angehts dieser politisch-parlamentarischen Situation bleibt das Zentrum in Hessen für eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage aussichtslos.

Der Wahlsieg ist, von kleineren Zwischenfällen abgesehen, ruhig verlaufen. In der Nacht zum Sonntag kam es jedoch insbesondere in Mainz zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Kom-

munisten. Mehrere Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Die Sozialdemokraten haben gut abge schnitten.

Darmstadt, 20. Juni. (E.F.) Die Neuwahl zum hessischen Landtag, die am Sonntag nach einem überaus heftigen und von den Nationalsozialisten mit allen Mitteln der Demagogie geführten Kampf vor sich ging, hat der Hitler-Partei die von ihr erwartete absolute Mehrheit nicht gebracht. Die Hitleraner haben zwar auch ihre im November erhaltenen Stimmen noch um einige Prozent zu vermehren vermocht, jedoch sind ihnen von den 70 zu vergebenen Mandaten statt der erwarteten 36 Sitze nur 32 zugefallen. 54,2 Prozent der hessischen Wähler haben den Nationalsozialisten auch diesmal die Gefolgschaft verweigert.

Getreulich und bemerkenswert hat die Sozialdemokratie liefere vom November 1931, sondern erhielt darüber hinaus weitere rund 6000 Stimmen und steigerte ihre Mandatsliste entsprechend den Erwartungen von 15 auf 17 Sitze. Reichstrophal haben sich dagegen die Kommunisten geschlagen. Sie verloren rund 25 000 Stimmen und behaupteten von ihrem bisherigen 10 Mandaten nur 7.

Die Partei der Später und Semdemig und Rosenfeld, die auch diesmal mit der Kommunistischen Opposition marschierte, verlor nicht weniger als 50 Prozent der im November aufgetragenen Stimmen, indem sie von 20 000 auf 10 000 Stimmen zurückgingen und daher von den bisherigen zwei Mandaten nur eines erhielt. Ähnlich katastrophal ist der Verlust der nationalen Einheitsliste, hinter der sich sämtliche Splitter der Mitte, wie Wirtschaftspartei, Landvolk und Staatspartei, verbündeten. Diese Parteien gingen von 47 445 Stimmen, die sie insgesamt im November erhalten hatten, um fast die Hälfte auf 24 750 Stimmen zurück. Das bedeutet einen Rückgang der Mandate von 5 auf 2. Alle Voraussicht nach werden diese Mandate an einen Volkspartei und an einen Angehörigen des Landvolks fallen. Die Staatspartei geht wohl leer aus. Das Zentrum verlor rund 4000 Stimmen, behauptete aber seine 10 Mandate.

Nazi-Terrorakte überall.

Der Uniform-Marsch in München geiprengt. — 470 Nazis festgenommen. — Zahlreiche Ueberfälle und Zusammenstöße.

München, 20. Juni. (E.F.) In München verließen die Nationalsozialisten am Sonntag gegen das Uniform-Marsch zu demonstrieren. Schon am frühen Morgen gab es in den zentralen Anlagen und Kundgebungen uniformierter Truppen, die nach dem Zentrum der Stadt vorzudringen suchten. Insbesondere hatte man es auf die Wohnung des bayerischen Ministerpräsidenten abgesehen, dem ein „Sonntagssünden“ gebracht werden sollte. Die Polizei hatte von den Mitgliedern der Nazis rechtzeitig Kenntnis erhalten, so daß Vorkehrungen getroffen werden konnten und insbesondere der Zugang zum Ministerpräsidenten unterbunden werden konnte. Immerhin gelang es größeren Truppen, das Gebäude des Ministerpräsidenten zu erreichen, wo sie größten und Drohungen gegen die bayerische Regierung ausstießen. Aber auch hier griff die Polizei schnell ein und drängte die Demonstranten ab. Insgesamt wurden 470 uniformierte zwangsgestellt, unter ihnen zahlreiche Bannführer des Brauner Saales, darunter in der Hauptsache Fräulein und Frauen. Die Versammelten, gegen die das gerichtliche Verfahren schon eingeleitet ist, wurden gegen Abend wieder freigelassen, nachdem die Verhaftung befohlen war. Die Uniformierten wurden befreit. Als die Polizei im Universitätsviertel einen demonstrierenden Nazitrupp auflösen wollte, wurde ihr Widerstand gestiftet. Die Beamten zogen blank und gingen mit dem Gummimäppchen vor. Gegen die Polizei wurde auch ein Stein abgeworfen, es wurde aber niemand verletzt.

Auch im Rheinland Nazi-Ausbreitungen.

Köln, 20. Juni. (E.F.) In Köln hatten die Nationalsozialisten für Sonntag durch Streifenpatrouillen mit der Aufschrift „Die SA marschieren im braunen Ehrenrock“ zu einer Demonstration aufgerufen, die aber verboten wurde. Trotzdem verließen uniformierte Nationalsozialisten und Stahlhelm in kleineren Truppen die Straßen zu beherrschen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden in der weitesten Weise mit „Aufhubscheibung“, wdm. beschimpft und tätlich angegriffen. In der Abwehr machten

die Beamten zum Gummimäppchen und der Schutzwaffe Gebrauch. Am Sonntagmittag kam es vor dem Parkhaus der Nationalsozialisten in der Mittelstraße zu schweren Zusammenstößen. Als die Polizei Anlaufnahmen greifen wollte, wurde sie aus dem Parkhaus der Nazis heraus geschossen und mit Steinen, Bänken, Bierabfällen und mit anderen Gegenständen beworfen. Die Polizei sah sich veranlaßt, das Haus der Nazisbanditen zu räumen und vorübergehend zu besetzen.

In Warmen verließen Nationalsozialisten am Sonntag einen Kommunisten durch einen Mordanschlag. In anderen Stellen wurden zwei Nazis von Kommunisten überfallen und ebenfalls schwer verletzt. Ein Unbekannter erhielt einen Halsfuß. Am Sonntagmittag wurden die Fensterläden der nationalsozialistischen Buchhandlung eingeworfen. Am Verlauf des Tages nahm die Polizei zwei Nazis fest, die sich die Freiheit erlaubten, Wasser aus dem Brunnen zu entnehmen. In Eberfeld kam es am Sonntag und Sonntag ebenfalls zu Zusammenstößen. 10 Personen wurden verletzt. Zwei noch Verletzte erlitten Verletzungen. In Trier wurden während einer Schlägerei zwischen uniformierten Nazis und Kommunisten drei Nazis verletzt. 25 Kommunisten wurden verhaftet, 9 waren im Besitz von Waffen.

Fünfundzwanzig gegen einen.

Dreslau, 20. Juni. (Eig. Drohst.) In der schlesischen Provinz beginnt sich der vor dem Verbot der SA gewöhnliche Terror einer latenten revolutionären Bürgerkriegs-Armee schon wieder in schrecklichem Umfang bemerkbar zu machen. Wie die „Striegauer Zeitung“ berichtet, wurde in Saara, Kreis Schweidnitz, der Reichs-Kammerrat Alfred Belschowsky vor seiner Wohnung von etwa 25 Nationalsozialisten überfallen. Die Hitler-Nachlinge schlugen den angeführten der Uebermacht völlig wehrlosen Belschowsky mit einem piegen und harten Schlagwerkzeug nieder und brachten ihm u. a. eine schwere und hart blutende Verletzung am Hinterkopf bei.

(Weitere Meldungen über Nazi-Terrorakte siehe zweite Seite).

Die Wohlfahrtsanstalt.

Für Großagrarien und die Großindustrie.

Die von den Nazis geführte Regierung von Bapen hat den Satz geprägt, daß man den Staat zur Wohlfahrtsanstalt degradieren habe. Man habe — biniger Sohn auf 5,5 Millionen Arbeitlose und 3 Millionen Kurzarbeiter, die sich in hitzertlicher Not befinden — der Arbeitsehrerhaftigkeitspflicht die materiellen Sorgen abgenommen.

Wohlfahrtsanstalt ist in unseren Augen kein Schimpfwort und keine Schande. Denn jede Regierung müßte und sollte das Ziel haben, für die Wohlfahrt der wertvollen Bevölkerung zu sorgen. Trotz des Einspruchs der Sozialdemokratie haben aber die bürgerlichen Regierungen vor allem für die Großagrarien und Großindustrie gefordert. Diese Tendenz prägte sich in der Regierung von Bapen noch viel stärker aus. Unter der unheimlichen Abhängigkeit der Staatsführung vom Großkapital und Großbesitz wird der Staat vollends zur Wohlfahrtsanstalt für unfähige bankrotte Großunternehmer und Großgrundbesitzer. Um das zu erreichen, haben sich die sozialreaktionären Gruppen, mit Hilfe des Nationalsozialismus, der Staatsgewalt bemächtigt. So liegen doch die Dinge, Herr von Bapen.

Hat nicht, so fragen wir, das System der öffentlichen Subventionen an die private Wirtschaft in den letzten Jahren nicht immer größeren Umfang angenommen? Ist nicht der Kreis der privaten Wirtschaftsprüfung immer größer geworden, der sich aus Staatsmitteln Kondorettore zuzugang und die Fehler der privaten Wirtschaftsführung bezahlen läßt? Seit langem gilt bei uns schon das Wort: Der Gewinn ist Privatfache, die Verluste hat das Reich zu begabten.

Für 11 000 staatliche Großgrundbesitzer hat das deutsche Volk in den letzten Jahren ungeschore Opfer bringen müssen und als selbst die großanarischen Vertreter in der Regierung Brünning zugetreten mußten, daß diese ungeheuren Opfer nutzlos sind und ein Teil des Großgrundbesitzes nicht mehr zu halten und zu retten ist, wurde die Regierung Brünning wegen ihres „Agrarbolshewismus“ gestürzt. Das deutsche Volk hat sich niemals der Notwendigkeit verschlossen, Opfer zur Ueberwindung der Agrarkrise zu bringen. Es will aber keine Opfer, die zur Enttarnung der ganzen Wirtschaft führen müssen, für eine kleine Schicht konzentrierter und unfähiger Großgrundbesitzer, die um jeden Preis ihren Besitz und ihre Machtstellung erhalten wollen.

Ueber dem System der Subventionen an den Großgrundbesitzer liegt, natürlich gemollt, ein derartiges Dunkel, daß man kaum feststellen kann, wieviel bisher an Subventionen gezahlt worden ist. Soviel ist aber sicher, daß die vom Staat an die Großgrundbesitzer gezahlten Subventionen zum Uebermaß größten Teil an den Grundbesitz gingen. Die verlorenen Zuschüsse u. die Kredite, die die Offizielle aufgetrieben der Eiedlung von der öffentlichen Hand erhalten, dürfen sich seit Etablierung der Welt auf fast 600 Millionen Mark belaufen. Sie sind zum größten Teil dem Großgrundbesitz zugute gekommen. Dazu übernahm die öffentliche Hand Bürgerliche in Höhe von 700 Millionen Mark für die Umfinanzierung, von denen ein nicht unerheblicher Teil schon heute als verloren begeben werden muß.

Was sagt die Adelsregierung dazu? Findet sie hier nicht das Wort vom Wohlfahrtsstaat. Nein, man müßte hier einen ganz anderen Ausdruck gebrauchen. Wir verweisen nur auf den Bericht der Rechnungshofs über die Umfinanzierung der von den Großgrundbesitzern mißbraucht worden ist, welche Schiebung vorgenommen sind. Aber noch mehr. Allein 2000 ostelbische Großgrundbesitzer, die Schnapsbrennereien unterhalten, bekommen Brantenneneinlösesgaben. Durch den Spritverminderungsgesetz zum Beginn ist diesen Großgrundbesitzern bisher eine Subvention von 50 Millionen pro Jahr zugeflossen. Wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit dem, was die Regierung von Bapen über den Staat als Wohlfahrtsanstalt gefordert hat, will die Adelsregierung die Benzinsubvention an die Großagrarien auf 85 Millionen pro Jahr erhöhen.

Man muß bedenken; noch nicht 10 Prozent der Bauernbetriebe, dagegen zwei Drittel aller Großgrundbesitzer, haben im Höchstmaß die Umfinanzierung bestrahlt. Noch nicht 10 Prozent der Bauernbetriebe, dagegen fast 35 Prozent des Großgrundbesitzes haben sich unter das Sicherungsverfahren gestellt. Das beweist, mer die Subventionen in die Tasche steckt. Nicht die eigentliche Landwirtschaft, der Bauer, hat etwas davon, sondern der Junker, der Großgrundbesitzer. Die Dinge haben sich so überlegt, daß der Staat den ostelbischen Junkern mit Subventionen eine lebensfähige Pension gab.

Nicht viel anders ist es in der Schwerkere und Großindustrie. Die Eisenwerke, die die Schwerindustrie durch Ueberzeugung der inländischen Eisenpreise den Verbrauchern auferlegt, schätze schon die deutsche Wirtschaftsentwickler für 1930 auf 150 Millionen pro Jahr. Der Ruhrbergbau bezieht allein eine Subvention von 25 Millionen Mark pro Jahr durch Befreiung von den Arbeitslohnbeiträgen. Den großen Konzern in Rheinland und Westfalen fließen für ihre Erzeugnisse jährlich 10 Millionen vom Staat zu. Neben diesen Subventionen gibt es noch besondere Subventionen. Die inländischen Treibstoffhersteller, also wiederum der Ruhrbergbau (Benzinproduktion) und dann der Fabriktrakt (Leumaderben) erhalten dauernd große Subventionen, indem man die Treibstoffabgabe niedrig hält.

Riesen Subventionen sind auch den Großredereien.

Hapag und Lloyd, bei ihrer vorläufigen Sanierung zugeflogen. Man kann diese Subventionen fürs erste auf 20 Millionen Reichsmark schätzen. Dabei haben die Kommissäre festgesetzt, dem Reich für sein gutes Geld noch nicht einmal ein Stück der Subventionierten Gesellschaften einzuräumen. Andererseits muß das Reich an die Großbetriebe Erwerbslosensubventionen in Höhe von 23 Millionen Reichsmark zahlen, nachdem das Reich in den vergangenen Jahren 18 Millionen Reichsmark an Zinszuschüssen herausgegeben hat, um die Schiffsbauarbeiten der Großbetriebe mit bezahlen zu helfen.

Und weiter: Der Metallaufbau der angelegten der katastrophalen Stürze der Metallpreise mit dauerndem Verlust arbeitet, wird fast vollständig von der öffentlichen Hand aus gehalten. Allein die Subventionen an dem Handelskredit und die Wechselerlöse betragen 20 Millionen aus. Seit sollen auch noch die Stolberger Zint A.G. und der Gleits-Ranger auf drei Jahre zinslose Subventionen in Höhe von 12-15 Millionen Reichsmark erhalten. Die Fahrzeugindustrie, insbesondere die Waggon- und Automobilfabriken, dann aber auch die Werften, haben sich ihre teuren Festlegungen vom Staat bezahlen lassen. Hier handelt es sich um Subventionen von etwa 100 Millionen Reichsmark, die voll als verloren angesehen werden können.

Zum Schluß wollen wir nur noch an die Subventionen erinnern, die das Reich hat zahlen müssen, um die Großbanken zu retten. Von den Bankverleihen hat das Reich 400 Millionen auf sich genommen. Rund 500 Millionen stellte das Reich zur Verfügung, um die Kassen und Reserven der Großbanken wieder aufzufüllen.

Wenn man schon von Wohlfahrtsanfall sprechen will, dann soll man sich gefälligst einmal an diese Dinge erinnern. Aber die Scheit bei den Nazis und den Bolschewiken in Ordnung zu gehen. Wenn aber ein Arbeiterlocher etwas vom Staat verlangt, dann heißt sofort: Man hat schon den Arbeitlosen zwei gegeben und man darf den Staat nicht zu einer Wohlfahrtsanfall machen.

SA-Krawalle in Berlin.

Überfälle auf Polizei und Reichsbanner.

Berlin, 20. Juni. Die Aufhebung des SA-Verbots und die Uniformfreiheit für die nationalsozialistischen Schlägerbände hat auch in Berlin bereits in den ersten Tagen zu ungemäßigten Forderungen und zügellosen Exzessen der braunen Kräfte geführt, die überall provoziert und mit der friedliebenden Bevölkerung der Arbeiterstadt Berlin Handel anfangen. Darüber hinaus begannen die irrwildigsten Straßengeheime anzufangen. Zu einem beispiellosen schamlosen Überfall, der die ganze Bernabühlung der völlig unbeherrschten SA-Schläger aufzeigt, kam es in Berlin-Charlottenburg an der Ecke Goethe- und Schillerstraße, als Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend u. Reichsbannerleute von einem Heimabend der S. A. S. und einem Turnabend des Reichsbanners gemeinsam nach Hause gingen. 150 uniformierte SA-Mitglieder, die sich in einer nahegelegenen Kneipe mit Schützlingselementen verhalten hatten, überfielen ohne jeden Anlaß, natürlich in wiescher Heftigkeit, die etwa 30 Jungsozialisten und Reichsbannerleute. Ein Reichsbannerführer wurde von dem Gesinde nicht nur schwer verletzt, sondern auch gemeinlich beschimpft. Die Straßengräber entwendeten ihm nämlich sein Fahrrad. Anderen Reichsbannerleuten wurde das Turnzeug gestohlen. Tropfen gelang es den Überfallenen, die braunen Straßengräber schließlich erfolgreich abzumachen. Am Herannahen in Prussia, also in nächster Nähe ausgeprobenen Arbeiterquartiers, erschienen die ersten, um Nazis zu verhaften zu versuchen. Bis zum Eintreffen der Polizei fand der Schlag völlig unter dem Terror der Burfen, die ganz offensichtlich auf höhere Anweisung, jeden niederzuschlagen, der republikanische Anzeichen trug. Als die Polizei erschien, besaßen die Kombos noch die Unerwartung, die Überfallenen als Angreifer zu verurteilen. Die entarteten Knaben in den braunen Rotberührungsjaden, die bereits häufig „Reichsbannerjaden“ genannt werden, irren sich schwer, wenn sie glauben, daß ihnen Prügelfreiheit zugesprochen wird. Herr von Gazi über, der Reichsbannerminister des „neuen Systems“, der ja „freie Objektivität“ verproben hat, sollte nicht später den Braunerfahren gegenüber noch diesem profanem Grundgesetz zu verfahren.

Berliner Nazis, die am Sonntag angeführt der Schlägerregierung des preussische Demonstrationsoverbot dadurch zu umgehen trachteten, daß sie auf Postwagen mit Knäbigen eine Propagandafahrt durch die Orte der nördlichen Teile der Hauptstadt unternahmen, wurden, als sie von Dönnberg zurückkehrten, von der Polizei empfangen. Alle wurden festgenommen. Sie werden sich vor dem Schnellrichtur zu verantworten haben.

In der Nacht zum Sonntag haben mehrere Kommunisten auf ein Nazi-Verteilerkolonial in Berlin-Treppow Schüsse ab. Mehrere Nazis und ein Angestellter des Kolonial wurden verletzt. Der Tat verständig wurden am Sonntag 10 Kommunisten verhaftet. Sie sollen 15-20 Schüsse abgegeben haben.

„Macht die Senfen scharf...“

Darmstadt, 18. Juni. (Eig. Draht.) In dem heftigen Orte Weinhelm spielen sich gestern abend Szenen ungläublicher Raserei ab. Vor Beginn einer SPD-Verammlung, in der u. a. Reichstagsabgeordneter Kirchmann sprechen sollte, marschierte eine Gruppe zum Teil jugendlicher Reichsbannerleute aus Trebur in den Ort ein, wo sie nichtahnend von einem 40 Mann starken Haufen bäuerlichen Nazis mit Senfen und Hühnerköpfen überfallen wurden. Die Überfallenen, die natürlich keine Verteidigungsmittel bei sich trugen, ließen sich zu Wehr. Von ihnen wurden jedoch von der großen Hebermacht zu Boden geschlagen und dann von entmenschten Nazisweibern und Mädchen mit Füßen getreten. Mehrere Reichsbannerleute mußten auf Boden fortgetragen werden, zwei kamen ins Krankenhaus. Auch auf Seiten der Nazis gab es einige Verletzte. Die Polizei schaffte schließlich Ruhe. Das ist die Saat, die vor einigen Tagen der Nazidirektor Reaktor Glahn aus Darmstadt mit seiner Aufforderung an die Bauern: „Macht die Senfen scharf!“ gesät hat. In oberhessischen Bauernhöfen wurde ein Auftragsverwalter der SPD, von Bauernpartei demoliert, und der Chauffeur verletzt. Der Nazidirektor Salsinger, der in zwei Orten bei Gießen ausgeführt hat, das Ministerium des Innern sei ein Schwelmerfeld, der Staatspräsident, der sozialdemokratische Minister des Innern und der Zentrumsführerminister hätten 9 Millionen, die der Provinz Oberhessen gehören, unterschlagen und für die eigene Felle verbraucht, ist verhaftet und dem Richter zugeführt worden.

Nazi-Provokationen im Ruhrgebiet.

Bodum, 18. Juni. (Eig. Draht.) Durch das zahlreiche und provokierende Auftreten der SA- und SA-Mitglieder und des Stahlheeres ist es in den Städten des Ruhrgebietes am Samstag abend sehr unruhig. In Witten kam es

Herriot über Lausanne.

Die eigentlichen Schwierigkeiten bleiben bestehen.

Paris, 19. Juni. (Eig. Draht.) Herriot und Paul Boncour haben in einem Ministerrat, der am Sonnabendvormittag im Elisee stattfand, über den bisherigen Verlauf der Genfer und Lausanner Verhandlungen Bericht erstattet. Das Kabinett hat die Haltung der französischen Delegation einstimmig gebilligt. Zu Beginn des Nachmittags empfing Herriot die Vertreter der Presse und gab folgende Erklärung ab:

„Wenn ich meinen persönlichen Eindruck über die Lausanner Konferenz zusammenfassen soll, muß ich sagen, daß ich zufrieden bin. Wir bewegen uns jetzt auf einer Regelung des europäischen Problems im Rahmen einer allgemeinen Regelung hin. Ich freue mich, daß das dornige Problem des Moratoriums die logischste Lösung gefunden hat. Es bestehen jetzt zwei Möglichkeiten: entweder wird die Konferenz scheitern, was ich nicht

glaube, und dann wird jeder seine Handlungsfreiheit wieder gewinnen; oder man wird sich, wie ich hoffe, einigen, und dann werden die alten Legie in die neuen Abkommen hineingearbeitet werden. Wir haben uns alle Freiheit vorbehalten, die Problem gründlich zu prüfen, ohne uns zu etwas zu verpflichten noch etwas zu kompromittieren. Wir haben durch diese Methode prinzipiell Distinktionen vermeiden können, bei denen die entgegengelegten Lehren der Nationen aufeinandergegriffen worden wären. Ich erwarte, daß die nächsten Schritte der Konferenz hätte ergeben können, die es nicht mehr erlaubt, an dem guten Willen aller zu zweifeln. Das ist ein guter Anfang. Die eigentlichen Schwierigkeiten bleiben noch bestehen, aber ohne Bedrohung für die Zukunft der Konferenz. Das Terrain ist jetzt frei.“

Ich benutze jede Gelegenheit, um ausdrücklich meinen englischen Kollegen zu danken, mit denen ich viel zusammengearbeitet habe, und ferner dem Reichsoffizier für die Distinktionsfreiheit, die er unseren Deputierten gegeben hat. Aber hat gesagt, was er zu sagen hatte; der beste Beweis für den veranschaulichten Willen, der beim Beginn unserer Arbeiten obwaltete, ist die Zustimmung aller beteiligten Mächte zu der Erklärung der fünf, der Zusammentritt der Lausanner Konferenz vor bis zum 16. Juni verhoffen worden, jedoch wir angeht das Abklaus des Hoover-Moratoriums am 30. Juni nicht viel Zeit haben. Wenn die prinzipielle Distinktion vor der Erklärung der fünf Mächte eingeleitet worden wäre, hätten die ernstlichen Schwierigkeiten entstehen können. Aus diesen logischen Gründen bin ich mit dem bisherigen Ergebnis zufrieden. Wir haben analytische Arbeitsmethoden angenommen, die den Delegationen allen Spielraum lassen, um zu einem Abkommen zu gelangen. Diese Methoden werden auch in Genf angewandt werden müssen. Eine internationale Konferenz darf kein Karussell sein, d. h. man muß vermeiden, daß eine Frage sich um sich selbst dreht und mehrmals zur Distinktion kommen kann, ohne daß jemals eine Lösung zustande kommt.“

Was die Abrüstungskonferenz betrifft, haben wir gleich nach unserer Ankunft in Genf gewissermaßen über den Tod oder das Leben der Konferenz einen Beschluß fassen müssen. Mit unseren englischen Freunden haben wir uns daraufhin entschlossen, Verhandlungen zwischen den Regierungen einzuleiten, um das Terrain für die Debatte der Generalkommission freizulegen. Die Unterbrechung, die Paul Boncour am Sonntag mit dem Delegierten der englischen Regierung hat, war also großer Schaden. Wir haben in Genf und Lausanne öffentlich noch nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben Arbeitszeiten erhalten und festgelegt, die höchstens ein Maximum von Ergebnissen zeitigen werden.“

Herriot reiste am Sonntagabend wieder nach Lausanne zurück.



Reichsoffizier von Papen und der französische Ministerpräsident Herriot bei einer Besprechung während der Lausanner Reparations-Konferenz.

zu schweren Zusammenstößen. Kommunisten warfen dort mit Steinen die Scheiben an der Geschäftshalle der RSDAP ein. Als die Polizei eingriff, wurde ein Beamter durch Messerstiche erheblich verletzt. Die Beamten schossen daraufhin; ein Kommunist erhielt einen Oberstehlschuß. Die Krawalle dauern noch an. In Herne kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wo ein Nationalsozialist schwer verletzt wurde. Vier Kommunisten konnten verhaftet werden.

Bodum, 20. Juni. (Eig.) In mehreren Städten des Ruhrgebietes kam es am Sonnabend und in der Nacht zum Sonntag wiederum zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. In Dortmund entstand eine Schlägerei zwischen Nazis und Reichsbanner, wobei ein Nazi schwer verletzt wurde. Als sich vor einem Versteherhof der SA Reuegerie anstellten, um sich deren Treiben anzusehen, fuhr plötzlich ein vollbesetzter Postwagen der SA zum Zwecke einer Säuberungsoption vor. Ein Zivilist gab zwei Schüsse auf die Menge ab. Das Nazi-Vollkommando trieb dann die Reuegerie mit einem Knüttelstoppel auseinander. Nach der Hebermat dreher wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nazis ein Nazi schwer verletzt. Das Überfallkommando säuberte mit Schreckschüssen die Straßen. In Wanne kam es zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nazis. Drei mit Hieb- und Stichwunden ausgestattete Kommunisten wurden festgenommen. In Bottrop entstand zwischen Nazis und Nazis eine Schlägerei, wobei 10 Schüsse fielen. Drei Kommunisten wurden schwer verletzt. In Dortmund machten am Sonntag etwa 300 Nationalsozialisten den Versuch, gegen das preussische Demonstrationsoverbot zu verfahren. Ein Überfallkommando trieb die Burfen auseinander.

Freilassung des „Bombenlegers“ Klaus Heim.



Überschlepper Klaus Heim.

Ist jetzt durch Beschluß des preussischen Landtags aus der Haft entlassen. Er war zur Zuchtstraße für die Bombenattentate von 1931 verurteilt worden.

Krieg zwischen Tibet und China?

Nanking, 19. Juni. Ähnlich wird mitgeteilt, daß tibetanische Truppen ganz plötzlich die chinesische Grenze überschritten und die chinesischen Truppen in der Provinz Szechuan angegriffen haben. Es ist zu blutigen Kämpfen gekommen, wobei die Chinesen Verluste erlitten haben und zurückweichen mußten. Der Dalai-Lama soll die Mobilisierung der tibetanischen Truppen angeordnet haben.

Arbeitslose als Falschmünzer. In Köln wurden wieder zwei Arbeitslose, die falsche Zweimarkstücke angefertigt hatten, festgenommen. Jedemfalls hat die Kol für zu ihrem Falschmünzergewerbe getrieben.

Um die Abrüstung.

Die Drei-Mächte-Besprechung.

Genf, 20. Juni. (Eig.) Zwischen den Führern der englischen, französischen und amerikanischen Delegationen fand am Sonntag nachmittag in Genf eine mehr als zünftige Beratung über den Fortgang der Abrüstungskonferenz statt. Von englischer Seite war u. a. Macdonald erschienen, von den Franzosen Paul Boncour, von den Amerikanern Stimson. Der weitgehende Meinungsaustrausch betraf die qualifizierte Vereinbarung, die Verringerung der Rüstungsausgaben und den amerikanischen Vorschlag für die Herabsetzung der Truppenstärken, die in den Friedensverträgen ausgefesselt Prinzipien zugrunde zu legen, in jedem Land eine prozentuale Heeresstärke für die Landesverteidigung, für den inneren Schutz und für die Kolonien zuzulassen. In allen drei Punkten zeigte sich, wie man hört, eine weitgehende Übereinstimmung zwischen England und Amerika. Die Franzosen machten gegen den amerikanischen Vorschlag zur Verringerung der Truppenstärken geltend, daß sie bei beiden Durchführungen geringeren wären, über 1000 Mann zu entlassen, was zugleich unmöglich durchführbar sei. Dagegen soll man sich auf dem Gebiet der qualitativen Abrüstung wesentlich näher gekommen sein und für die budgetäre Rüstungsbeschränkung eine den amerikanischen Wünschen entsprechende Einigung gefunden haben. Am Montagvormittag wird Macdonald mit Papen, Herriot und Boncour in Genf über das Ergebnis der Genfer Aussprache am Sonntag verhandeln. Es wird allgemein als Zeichen eines gewissen Fortschritts angesehen, daß Herndon das Büro der Abrüstungskonferenz auf Freitag dieser Woche emblemen hat und die Generalkommission am nächsten Montag wieder zusammentritt. Wegen der heutigen Vormittagsgespräche Macdonald ist die Sitzung der sechs einflussreichen der Lausanner Konferenz auf den Nachmittag verlegt worden. Auch in Lausanne gingen am Sonnabend und Sonntag die Verhandlungen über Reparationen und Wirtschaftfragen zwischen den Finanzleuten der Delegationen weiter.

Neue Parteizeitung.

Sozialdemokratische Zeitung für Schwedisch.

Breslau, 18. Juni. (Eig. Draht.) Der Unterbezirk Schwedisch-Niederschlesien hat die Sozialdemokratische Partei hat in Einmütigkeit mit dem Antrag der „Schlesischen Reichsmacht“ in Waldenburg die Herausgabe eines neuen Parteiblattes beschlossen. Das Blatt soll den Namen „Schwedischer Volkszeitung“ tragen und ab 1. Juli erscheinen. Die Gründung des neuen Organs wird, da Schwedisch der überfließen Hochburg der Nazis ist, in Schlesien ist, von der Arbeiterfront des Unterbezirks freundlich begrüßt. Von Schwedisch nahm die schlesische Hatendruckbewegung vor Jahren ihren Ausgang. Der Werbemaat der SPD hat in Schlesien bereits recht ansehnliche Erfolge gebracht. So konnten in Groß-Preslau die Nazis durch den Partei 400 neue Mitglieder jugendlicher Beförderer erkräften ist, doch ein großer Teil früherer Gefolgsmitglieder geht zur Partei zurückkehren. Der Unterbezirk Schwedisch, zu dem die Kreise Niederschlesien-Schwedisch und Striegau gehören, meldet 280 neue Aufnahmen. Weithin günstige Verhältnisse liegen aus anderen Teilen Schlesiens vor.

Die Orelling-Wärdre. Im Verlauf der Unterbrechung, die die Dresdener Staatsanwaltschaft gegen die Agitatoren Orelling Wärdre wegen Steuerhinterzählungen einleitete, ist nach dem Direktor Orelling und dem Parteiführer Philipp jetzt auch der frühere Direktor Orelling in Gest gekommen worden.

Das Millionenverbrechen am Deutschem. Am Deutschem-Projekt wurde am Sonnabend die misbräuchliche Verwendung der großen Zustandsanleihe erörtert. Der Jaunge, Reichsanwalt Bronckhoff, der Vertrauensmann der amerikanischen Kreditgeber, mußte als Zeuge jede Verantwortung für die Verwendung der Gelder ablehnen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kamen die bunten Geldgeschäfte des Angeklagten in Erscheinung, wobei ausgiebig zur Sprache. Eine Klärung konnte nicht erzielt werden.

Kriegsbeschädigten-Demonstration vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin.



Die Schwerverkriegsbeschädigten verlassen mit ihren Rollstühlen das Ministerium.

In Berlin versammelten Schwerverkriegsbeschädigte, deren Renten durch die neue Rentenordnung erheblich gekürzt worden sind, eine Demonstration, indem sie zum Teil mit ihren Rollstühlen, in das Reichsarbeitsministerium eindringen um dort ihre Forderungen persönlich vorzutragen. Erst nach langen Mühen gelang es, die Demonstranten zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen.

Zentrum in Kampfstellung.

Gegen die Nazis und die Papen-Regierung.

München, 20. Juni. (E.F.). Die Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei, die am Sonntag in München abgehalten wurde, stand im Zeichen der schwerwiegenden Diskussionsfragen, die der Kampf um die Reichsregierung vor allem Bayern aufzuerlegt hat. Im härtesten Einigkeit und Geschlossenheit wurde, wie es in dem offiziellen Parteiprotokoll heißt, die Stellung zur Regierung Papen-Schleicher in folgenden Sätzen festgelegt: „Das neue Kabinett bezeichnet sich völlig als Unrecht als eine Regierung der Konzentration der nationalen Kräfte. Das Merkmal der neuen Regierung, die sich als Heberparteielligkeit bezeichnet, ist ihre bedenkliche Abhängigkeit, in die sie seit der ersten Stunde ihres Bestehens gegenüber der Nationalsozialistischen Partei geraten ist. Damit ist die angebliche Aufgabe, die sie sich gestellt hat, die staatsgefährlichen Anstöße des revolutionären Nationalsozialismus zu bändigen, von Anfang an in Frage gestellt. Die Auflösung des Reichstages, die Verlesung des Selbstbestandes sind Folgen der Bindung der neuen Reichsregierung an die Nationalsozialistische Partei, ohne daß diese sich zu einer Gegenleistung zu Gunsten der allgemeinen Staats- und Volksinteressen bereit erklärt hat. So ist die neue Regierung eine ganz bestimmte nationalsozialistische Regierung, deshalb können sich die Nationalsozialisten auch der Verantwortung für die Maßnahmen dieser Regierung entziehen. Das sind auch für die schweren und drohenden Befürchtungen, die die erste Rentenordnung des Kabinetts Papen gerade den breiten und ärmsten Schichten des deutschen Volkes in einer Stunde schwerer sozialer Spannungen und Bedrohungen auferlegt hat. Einem Reichskabinett, dessen Auftraggeber, die eine offene Verantwortung scheuen, Nationalsozialisten sind, kann die bayerische Volkspartei keine Unterstützung gewähren. Darum ist ihre Haltung zur Regierung Papen die der schärfsten Opposition.“ Zu den letzten Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung (Demonstrationen und Unruhmord) gab der Landesauschuss seine ungeteilte Zustimmung.

Aus aller Welt

Schweres Unglück in England. Durch ein schweres Eisenbahnunglück bei Great Wealdford in der Nähe von Stafford (Wiltensland) wurden drei Passagiere getötet und über ein Dutzend Reisende schwer verletzt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgelegt, ist aber sehr groß. Der Zug bestand aus vier Wagen von denen der vordere mit der Lokomotive zusammenstieß und vollständig zerstörte. Die übrigen Wagen waren ebenfalls schwer beschädigt. Die Trümmer verstopften den gesamten viergleisigen Bahnkörper. Unter den Schwerverletzten befindet sich der Fotografiermeister, während der Heizer nur leicht verletzt ist. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt, doch wurde von Sachverständigen die Ansicht geäußert, daß sich infolge der außerordentlich großen Hitze während des Tages die Schienen ausgedehnt hätten. Das losgelassene Hüllergelände. Die von der Regierung der Barone losgelassene Bombtruppe Hillers beginnt bereits ihre Arbeiten zu treiben. Ein größerer Trupp von Panzertruppenbanditen überfiel am Freitag früh in Berlin-Ucharlottenburg an der Ecke Wilmersdorfer- und Konigsplatz Kasernen, die sich weigerten, auf den Festsitzungsangriff zu antworten. Die Kasernen wurden von der vierfachen Leibermacht mißhandelt und niedergebrennt. Als Polizei einwirkte, flüchteten die Geiseln. Drei Nazischlager konnten festgenommen werden. Hingerichtet. Auf dem Hof des Gerichtsgefängnisses in Lüdingen wurde am Freitag früh ein wegen vierfachen Mordes an Schöngereitern, Frau und Kind zum Tode verurteilter Mann namens Eugen Bepfe hingerichtet.

Ein Falschmünzer-Häuptling

Der seltsame Staatsvertrag. — Mexiko begräbt einen „abgefundenen“ Falschmünzer auf Staatskosten.

In der Stadt Mexiko starb vor einiger Zeit ein sonderbarer Kauz, Tom Olynn mit Namen, dessen Leben es verdienstlich, bekannt zu werden. Tom Olynn verlebte im höchsten Alter von 96 Jahren, nachdem er seinen Zeitgenossen mancherlei zu schaffen gemacht hatte. Olynn wanderte vor vielen Jahren aus den Staaten in Mexiko ein. Als der mexikanische Bürgerkrieg zur Zeit Kaiser Maximilians ausbrach, war Tom Olynn unter den Freiheitkämpfern. Er zeichnete sich durch mancherlei Taten aus, die ihm außer einer Brust voll Orden eine geachtete bürgerliche Position einbrachten. Tom Olynn ließ sich in einer kleinen mexikanischen Stadt nieder, erriethete dort eine Druckerei und einen Zeitungsverlag und wurde schließlich von den Bewohnern der Kleinstadt zum Bürgermeister gewählt.

Das geschah so um 1865 herum. Damals gab es in Mexiko eine große Senation. Man hatte die ersten Antnoten mit den Aufsichten der Republik eingeführt. Kurz danach bereits mußte man die betrübliche Entdeckung machen, daß Falschmünzer am Werke waren.

Die Banknote als „Frühgeburt“.

Diese Falschmünzer waren ganz verteuelt Burshen. Es gelang ihnen, die Banknoten derart künstlich nachzumachen, daß selbst die Banken immer erst viel zu spät bemerkten, daß sie im Besitze einer falschen Note waren. Die gefälschten Scheine waren vollkommen neu. Besonders überaus, wenn die Regierung aus Kugheitsgründen eine andere Farbe der Geldscheine wählte, wählten die Falschler bereits Befehle und waren mit „ihren“ Banknoten oft schon am gleichen Tage zur Stelle.

Die Aufregung war groß. Viele hundert Genbarnten bemachten die Banken, ließen kein verdächtiges Individuum aus den Augen und verhafteten viele Unschuldige — aber die Falschler waren noch nie vor am Werke. Eines Tages kam geschah etwas Sonderbares. Der Herr Bürgermeister Tom Olynn erschien am Schalter einer kleinen Bank und wünschte einen größeren Geldschein gemeldet zu haben. Tom Olynn wurde zuvorkommend begrüßt, aber als der Bankbeamte den Schein zu Gesicht bekam, wechselte er die Farbe. Es war einer der ältesten Scheine, die nach Zeitungsberichten am fraglichen Tage in Verkehr kommen sollten, doch von der Regierung zur Stunde noch zurückgehalten wurden. Wie kam der Bürgermeister Tom Olynn in den Besitz eines solchen Scheins? Das war in der Tat sehr sonderbar. Und noch sonderbarer war, als man später feststellte, daß der Geldschein des Bürgermeisters den echten Scheinen zwar sehr ähnlich war, aber doch keine „Web-

schel“ aufwies. Tom Olynn wurde in Haft genommen. Und die guten Leute seiner Stadt, die bisher in toller Ehrfurcht zu ihm emporgesehen hatten, sahen wieder einmal ein, daß sie dem Unredlichen Vertrauen geschenkt hatten.

Der Falschertast des Mister Olynn.

Tom Olynn kam vor Gericht. Er bestritt energisch, das Falschgeld hergestellt zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Druckerei hatte man auch keinerlei Beweismittel gefunden. Tom Olynn gab an, den falschen Geldschein von einem Unbekannten erhalten zu haben. Die Beschuldigten von Mexiko schenften dem redlichen Olynn keinen Glauben und sprachen ihren früheren Bürgermeister schuldig. Tom Olynn wurde zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Außerdem beschlagnahmte man sein gesamtes Vermögen.

Mexiko war darum aber noch immer nicht von seinen Aufregungen befreit. Tom Olynn lag zwar im Gefängnis, aber die falschen Geldscheine zirkulierten weiter. Jetzt erst erkannte man, daß Tom Olynn nur das Haupt einer großen Falschlerbande sein konnte, die mit ungeheuren technischen Raffinementen ihren Verbrechen nachging. Tom Olynn weigerte sich, irgend etwas über die Angelegenheit auszulagen. Er bestritt überhaupt, die Falschlerbande zu kennen.

Der Staatsvertrag mit dem Falschmünzer-Meister.

Als Tom Olynn nach einigen Jahren begnadigt wurde, machte ihm ein Regierungsvertreter einen ungemöhnlichen Vorstoß. Er bot dem einstigen Bürgermeister eine große Summe dafür an, daß er freiwillig darauf verzichtete, Falschgeld in Verkehr zu bringen. Tom Olynn lehnte zunächst empört ab, ging aber nach längeren Bedenken auf den Vorstoß ein.

Zeit diesen Tage wurden tatsächlich in Mexiko keine falschen Geldscheine mehr in Verkehr gebracht. Ob Tom Olynn tatsächlich schuldig war, ist niemals mit Bestimmtheit festgelegt worden. Man muß zugestehen, daß sich die mexikanische Regierung von der nobelsten Seite zeigte. Sie hat jeden Monat dem „ehrenwerten“ Tom Olynn eine Rente ausgeschüttet. Die dieser gern und schmunzelnd entgegennahm.

Als Olynn jetzt sechsundneunzigjährig starb, war die Stadt Mexiko hocherregt wegen der Beerdigung zu bezahnen. Viele Mexikaner wählten der Bestattung bei und folgten dem Sarge des einzigsten Menschen der Welt, der sich rühmen konnte, gegen einen „Ehrenlohn“ auf sein verbrechliches Schandwerk verzichtet zu haben.

Ein halbes Dorf durch Großfeuer vernichtet.



Die tauchenden Trümmer des medienbunigen Dorfes Lüßlow, das durch ein plötzlich ausbrechendes Feuer zur Hälfte vernichtet wurde. Der Brand war in einem einzelnen Gehöft entstanden, dann aber durch den starken Wind in kurzer Zeit auf 25 weitere Häuser übertragen worden.

Berliner Selbstmordopfer fest. . . Die Berliner Selbstmordopfer ist im Mai 1931 gegen den Rai des Reichstages nicht unterhebtig gestiegen. Während im Mai 1931 164 Personen freiwillig aus dem Leben geschieden sind, haben im Mai 1932 178 Personen durch Freitod geendet.

Das Explosionsunglück auf der „Elmbeline“: 25 Tote, 50 Verletzte. Nach den letzten Feststellungen haben die drei Explosionen auf dem englischen Deltandampfer „Elmbeline“ 25 Todesopfer gefordert. Die Zahl der Verletzten beträgt 50. Die Zahl der Opfer unter den Rettungsmannschaften ist besonders groß, weil die Explosionen in größeren Zellenräumen erfolgten. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, mit den Hochbojen eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern, da in der nächsten Nähe des brennenden Dampfers ein großes Deltager liegt.

Autobusunglück bei Düsseldorf. Auf einer Fahrt im Düsseldorf in der Nähe von Düsseldorf schlug ein vollbesetzter Autobus bei einer starken Steigung um. Sämtliche Passagiere, 28 Mitglieder eines Frauennovens, wurden dabei verletzt, drei sehr schwer.

Letzte Nachrichten

(Glasen Sand- und Deatbesichts)

Toscanini dirigiert 1933 wieder in Bayreuth.

Paris, 20. Juni. In Paris fanden Besprechungen zwischen Toscanini und Frau Wagner statt, die zu dem Ergebnis führten, daß Toscanini bei den Bayreuther Festspielen 1933 die „Barfial“ und „Wellertinger“ Vorstellungen dirigieren wird.

Papen über deutsch-französische Verständigung.

Paris, 20. Juni (E.F.). Der Baulammer Berichterstatter des „Reichsboten“ ist von dem Reichstagsler zu einer Unterredung empfangen worden, in deren Verlauf von Papen sich über seine außenpolitischen Absichten ausgesprochen hat. Der Reichstagsler trat für eine enge wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ein, die nach seiner Überzeugung dem großen Einbruch in Deutschland machen würde. Außerdem hat der Korrespondent, der die Erklärungen von Papen nicht wörtlich wiedergibt, zu seiner großen Überraschung festgestellt, daß der Reichstagsler einem deutsch-französischen Militärabkommen nach dem Plan Arnold Reebbergs nicht abgeneigt ist. Dagegen soll der Reichstagsler von einem neuen politischen Pakt nicht sehr begeistert sein. Nach seiner Ansicht sind Locarno und Kellogg Pakt ausreichend. Ein neues derartiges Abkommen würde in seiner Weise die feierlichen Versprechungen verletzten, die sich die Staatsmänner in den letzten Jahren gegeben haben.

Neue Gegenrevolution in Chile.

London, 20. Juni. Die chilenische Pfliegertruppe hat, wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, eine neue Gegenrevolution gegen die zweite vorläufige Regierung gestartet. Die Pflieger verlangen die Rückkehr von Oberst Grove. Sieben Bombenflugzeuge nahmen den Flugplatz von Anauique ein. Andererseits den Zerstörer auf, mit dem Grove, Raito und andere Revolutionäre nach Juan Fernandez auf der Grulo-Insel gebracht werden sollten. Nach der Flugplatz Quintero wurde von den ausländischen Pfliegern wieder erobert. Die Lage hat sich noch dadurch verschärft, daß die Marine sich weigert, der Regierung gegen die Aufständischen beizustehen. Andererseits unterliegt sie nicht die Revolutionäre, sondern fordert die Rückkehr des früheren Präsidenten Montero. Nur ein kleiner Teil der Luftstreitkräfte ist regierungstreu geblieben. Tausende von Eisenbahnern, die sich für Grove ausgesprochen haben, sind in den Auslauf getreten. Der Verkehr wird in beschränktem Umfang durch Truppen aufrecht erhalten.

Ichanghai von den Japanen vollkommen geräumt.

Tokio, 20. Juni. Nach einer amtlichen Meldung des japanischen Kriegsministeriums wird erklärt, daß die letzten japanischen Truppen Schanghai verlassen haben. Die japanische Regierung stellt fest, daß das chinesisch-japanische Abkommen vom 5. Mai über die Lage in Schanghai von der japanischen Regierung vollkommen ausgeführt ist. Der Schutz der Bevölkerung wurde chinesischen Polizeifreikräften übertragen.

Und wieder treppauf - treppab.



Der Hokusfokus auf dem Brocken.

Unter starkem Andrang des Publikums von nah und fern fand in der Nacht zum Sonntag auf dem Brocken die vielbesprochene "schwarze Messe" der englischen Gesellschaft für spirituelle Erforschung statt. Leber die Generalprobe in der Nacht zum Sonnabend berichteten mir ausführlich, Material wurde auch am Sonnabend aus dem Ziegenbock feiner Junger Mann. Wir bringen heute zwei Bilder von diesem Hokusfokus.



Die Hauptpersonen des Experiments Mr. Price (ganz rechts), der Leiter des Verkehrs, hält in dem magischen Kreis den Ziegenbock an der Leine. In der Mitte die „reine Jungfrau“ Fräulein Ulla Gordon und der Londoner Gelehrte Prof. Zood.



Fräulein Ulla Gordon löst den flammenden Holzstoß.

Gefängnis in Strickationsprozess. In dem Prozess gegen mehrere Kehler Kerle, die wegen Zerstörung in zahlreichen Fällen unter Anklage standen, erzielte der Hauptangeklagte wegen Mithrasburg, dem verurteilten Mithrasburg, und gefährlicher Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von 6 Monaten bis 6 Wochen Gefängnis. Das Urteil steht im auffallenden Gegensatz zu den ungewöhnlich hohen Anträgen der Staatsanwaltschaft, die schwere Zuchthausstrafen verlangt hatte.

Falschgeldezentrale ausgehoben. In Amsterdam wurde eine Falschgeldezentrale ausgehoben, die zwei Deutsche gemeinsam mit einem Holländer betrieben. Es wurde ein großer Vorrat bereits fertige gefaltete Banknoten sichergestellt. Druckplatten für Pfund-Sterling-Noten, die mit allen technischen Raffinement angefertigt waren, konnten beschlagnahmt werden. Die Falschmünzer wurden von der Polizei überrascht, jedoch ließen sie keine Gelegenheit an, irgendwelche Beweismittel zu beseitigen. Die Falschmünzer sind ungemein geschickt ausgeführt.

Schiffe in Chicago. George Barter, einer der berühmtesten Gangstergesellen Al Capones, wurde in einer Chicagoer Straße, am 16. Revolvergeschossen durchbohrt, sterbend aufgefunden. Die Tat, die großes Aufsehen erregt, wurde von einer konkurrierenden Bande verübt. — Der Gangstertag in Chicago lebt auch sonst wieder auf. Allein am vergangenen Sonnabend sind drei Gangster bei einem Mordfall erschossen worden.

Der Anschlag auf Dr. Lutzer. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat nach Abgleich der Voruntersuchung gegen den früheren Reichsanwalt Dr. Max Kaufmann und dem Kaufmann Werner Kerstner, die am 1. April auf dem Reichsbanner Bahnhof ein Attentat gegen den Reichsstaatspräsidenten Dr. Lutzer verübt hatten, Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Bereubens gegen das Schwurgericht erhoben. Kaufmann und Kerstner befinden sich in Untersuchungshaft.

Mädchenmord. In Brenzlau (Udarmart) erschoss am Sonnabend der 23jährige Erwin Rothmann aus Posenwald seine 16jährige Freundin Edith Bregmann. Das Mädchen hatte dem Freund, der sie bestohlen hatte, bestigte Rorwürde gemacht, worauf der Dieb 3. Revolver geschoss und der 16jährigen einen tödlichen Kopfschuss beibrachte. Der Täter sprang auf der Flucht aus dem Fenster und trat einen heftigen Krampfanfall davon. Rothmann wurde als Polizeigefangener ins Krankenhaus gebracht.

„Seppeln“ in Amsterdam. Die zweimalige Landung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ auf niederländischem Boden schaffte sich zu einem Ereignis für das ganze Land. Als das Luftschiff am Sonnabend auf dem Flugfeld Zwarte bei Enschede landete, waren etwa 100 000 Personen aus dem ganzen Nordseegebiet zu sehen. Landung und Wiederabflug erfolgten schnell. Hier begaben sich die Minister für Landesverteidigung und für Wasserbau sowie der Prinz der Niederlande an Bord. Nach dem Rundflug über Osnabrück, Hamburg und Bremen wurde das Luftschiff am 14. Uhr in Amsterdam am 15. Juni um 15 Uhr über Friesland gelandet. Von hier aus wurde der Zünder-Abstoßungsapparat überflogen, worauf über Alkmaar Kurs nach Rotterdam genommen wurde. Am 18. Uhr landete das Luftschiff wieder glatt auf dem Rotterdammer Flugfeld Waalhaven, wo etwa 150 000 Personen trotz des regnerischen Wetters geulbig die Anwesenheit erwarteten.

Berlins zukünftiges „Braunes Haus“?



Das Gebäude in der Berliner Neufriedländer Kirchstraße, das bisher von Abteilungen des Reichsfinanzministeriums genutzt wurde, soll von der NSDAP als künftiges Berliner „Braunes Haus“ in Aussicht genommen sein. Das Haus befindet sich in der Nähe des Reichstags.

Die Opfer der Bauregierung demonstrieren. Vor dem Reichsministerium in der Schadowstraße in Berlin kam es am Freitag mittag zu Ansammlungen von Kriegesopferangehörigen, die eine Deputation zur Besprechung der durch die Bauregierung der Papen-Regierung geschaffenen entsetzlichen Lage der Kriegesopfer in das Reichsministerium entsenden wollten. Es hatten sich etwa 50 Mann versammelt, die verurteilten, in das Arbeitsministerium einzudringen. Mehrere Polizeibeamte, die sehr zurückhaltend vorgingen, brachten die Menge, mehr durch gütliches Zureden als durch Gewaltanwendung, auseinander. Etwa um dieselbe Zeit demonstrierten 100 alte Rentner vor dem Panfamer Rathaus gegen die unerträgliche Kürzung ihrer Bezüge durch die Bauregierung der Güterbarone. Als Polizei eintraf, ging die Menge auf die Aufforderung, sich zu zerstreuen, größtenteils ruhig auseinander. Zwei Demonstranten, die sich widersetzten, mußten festgenommen werden.

Gemische Bäume in Venezuela fordern einen süßen, milchähnlichen Saft ab, wenn die Rinde durchbohrt wird. Die Analysen ergaben, daß dieser Saft reicher an Phosphat und Zucker ist als Kuhmilch.

Am Sonnabend, dem 18. d. Mts., abends 10 1/2 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet, im Salvator-Krankenhaus, unser lieber und treuer Freund, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der **Freiher**

Heinrich Volkstedt

im eben vollendeten 69. Lebensjahr.

Dies zeigen in tiefer Trauer an im Namen aller Hinterbliebenen:

Walter Volkstedt
Eise Bug, geb. Volkstedt
Emmy Volkstedt, geb. Purlfürst
Edo Bug
und drei Enkelkinder.

Halberstadt, den 20. Juni 1932.

Die Beerdigung findet am 22. Juni 1932, um 2 Uhr nachmittags, von der Friedhofskapelle aus, statt.
Einwohner-Krankenkasse nach Dominikanerstraße 29 erbitten.

Radio-Geräte

Ich habe seit unter 10 Jahren unter Garantie sachgemäß repariert und überholt. **Reparatur- und Ersatzteile, Radio- und Fernsehgeräte.** **Neuirth, Schlichte, 12.**

Möbel!

Schlafzimmer, echt Eiche, komplett, mit Innenpiegel, von 400 Mk. an.
Speisezimmer, echt Eiche, komplett, mit Nischbaum, von 300 Mk. an.
Stühlen, lackiert und farbig, von 105 Mk. an zu verkaufen.

Hermann Ohms, Möbelhandlung und Tischlerei, Breiteweg 52, schön gegenüber der „Epa“.

Merzche Salbe gegen **Wunden**
Wasserverwundungen
A. T. W. O. S. C. H. E.

Schlachthof-Freibant

Freitag, den 8. bis 10. Juni

Deutscher Freidenkerverband

Ortsgruppe Halberstadt.

Am Donnerstag, dem 23. Juni, 20 Uhr, findet im **Gemeinschaftshaus** eine **Mitglieder-Versammlung** der Ortsgruppe statt. Genosse **Reinhardt Wiedeburg**, wird über den **Abwehrkampf** der Freidenker sprechen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind willkommen.

Harsleben

Unser diesjähriges **Schützen-Fest**

findet am **30. Juni, 1. und 3. Juli 1932** statt. Hierzu ladet freundlich ein: Der Schützenvorstand.

Großer billiger Werbe-Verkauf in Oderbruch Bettfedern und Inlette vom 21. bis 25. Juni

Um meiner Kundschaft eine besonders billige Einkaufsgemeinschaft zu geben, gewähre ich in dieser Woche auf meine schon sehr niedrigen Preise ansatz 10% **letzter 15 Prozent Rabatt**

Helene Gielisch, Halberstadt, Hoheweg 38

Unterm Lindenbaum !!! Heute abend Zusammenkunft.

Berufen Sie sich bei Ihrem Einkauf auf die **Anzeige** im **Halberstädter Tageblatt**

Flit

flüßt

Carl Vaudorff Nachf., Inh.: G. Himmelsreich, Drogerie, Hoheweg 6.

Der billigste Anstrich ist nur mit guter Farbe. Diese erhalten Sie preiswert und gut in der **Edmen-Drogerie** Walter Rathenaustraße 60. Köken-, Hühner-, Tauben-

Futter

lieferen billige **Fritz Böschke**, Drogerie, Breiteweg Nr. 12.

Das Misserfolge wegen müssen wir die entzückende Tonfilm-Operette:

„Gitta entdeckt ihr Herz“

bis einschl. Mittwoch verlängern

Wernigerode.

Deffentliche Mahnung.

Die bis zum 15. d. Mts. fällig gemachten Grundverpflichtungen, Hauszinsen und Gemeindefuhrkosten sind innerhalb 3 Tagen an die Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer 5, zu zahlen, widrigenfalls die Einziehung im Wege der Zwangsversteigerung erfolgen wird.

Wernigerode, den 18. Juni 1932.
Der Magistrat. (Stadthauptkasse).

Nach sechsen hollenbeter verbienstvoller 26 jähriger Tätigkeit verschied heute, im 53. Lebensjahre, an dem Folgen einer Operation, mein Weibener

Herr August Fuchs

Ich verleihe einen Mitarbeiter, der sich durch sein freundliches Wesen, seine Zuverlässigkeit und seinen vornehmen Charakter stets auszeichnet.

Ich werde dem Entschlafenen für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren.

Halberstadt/Schöningen, 18. Juni 1932.

J. D. Ellinger.

Nachruf.

Am 16. d. Mts. verstarb in Zehringen' am 16. d. Mts. nach langwieriger Krankheit

Heinrich Wiesel

Unermüdlich hat er für die Sache des Proletariats gekämpft. Knechtbürgers Arbeiterchaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

S. P. D. Ortsgruppe Duedlinburg Der Vorstand.

Beschluß.

In dem Zwangsversteigerungsverfahren Nr. 15 - 1, K. 2/32 - fällt der auf den 21. Juni 1932 angelegte Versteigerungstermin weg.

Halberstadt, den 18. Juni 1932.

Das Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsreisenden **Robert Haake**, Schwanebeck, wird Termin zur Abhaltung der Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung: **Beschlußfassung über die Aufhebung des Konkurses wegen Mangel an Masse** auf den **30. Juni 1932, 11 1/2 Uhr** vor dem Amtsgericht hier, Petershof, Zimmer Nr. 14, anberaumt.

Das Amtsgericht, Abt. 4.

Das Hinscheiden unseres lieben Kollegen

August Fuchs

hat uns in tiefer Trauer verlehrt. Der Entschlafene war uns ein treuer Mitarbeiter und ein lieber Freund, den wir nie vergessen werden.

Halberstadt/Schöningen, 18. Juni 1932.
Das Personal der Firma **J. D. Ellinger.**

In Restaurants, Gaststätten und Cafés verlangen Sie stets die neueste Ausgabe des **Halberstädter Tageblatt**

Stachelbeerwein

(1830) à Fl. 60. 30

Apfelwein (rüh)

prima Tischwein à Fl. 40. 30 (vom Faß) zu haben

Pfarrstraße 8

Obstwein

vom Faß

Apfelwein 2,00
Kirschwein 2,00
Johannisbeerwein 2,00
Stachelbeerwein 2,00
Weißling, d. Stern, R. White, Eise, Pfirs. u. Sandelholz

S. Zimmermann

Obstplantage.

Zur Bedienung des Bedarfs an **Grundwaren** empfiehlt sich **W. Siegelwald**, Zuraitzstraße 30.

Ahrberg's

Pfötchen u. Kleinfleisch 15

Druckmaschinen liefert **Harzer Volksstimme**

Preußischer Mietertag.

Haberstadt, 20. Juni.

Der Preußische Mietertag wurde am Sonnabend nachmittag im Restaurant Vaterland eröffnet. Am Freitag und auch am Vormittag hatten bereits Vorstandsbesprechungen u. a. stattgefunden, die der letzten Vorbereitung galten. Der preußische Mietertag ist außerordentlich zahlreich besetzt. Aus allen Ecken des in Frage kommenden Gebietes sind die Delegierten erschienen, um über das Wohl und Wehe der Mieter zu beraten und Beschlüsse zu fassen, durch welche der Mieter entlastet und vor weiteren Beschlagnahmen bewahrt wird.

Um 15 Uhr wurde die Tagung eröffnet. Zur Einleitung sang der Volkschor unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Hermann zwei Lieder, die gut anpassten.

Darauf nahm der

Bundessprecher Dypert

das Wort. Er betonte, daß der preußische Mietertag in schwerster Zeit stattfinden. Er sei zusammenberufen, um härter zu beraten, wie man der Mieterschaft helfen könne. Über 6 Millionen Deutsche seien arbeitslos. Die Wirtschaft liege darnieder. Reich, Staat und Kommunen müßten nicht, wo sie die Gelder hernehmen könnten, um die Arbeitslosen vor dem Verhungern zu beschützen. Noch schwerer sei die Not in den Haushalten der Familien. Die Mieter hätten den Eindruck, daß die Kosten zu sehr auf die Schultern der Schwachen gelegt werden, während man die Wohlhabenden zu sehr spare. Trotz der Arbeiterparteilichkeit des Mieterbundes interessiere ihn der politische Kampf sehr, denn die Mieter könnten nur dann etwas erreichen, wenn auch die mieterfeindlichen Parteien in den Parlamenten stark wären. Der Bund stehe links und fühle sich außer auf die Arbeiterparteien auf Staatspartei und Zentrum. Dann begrüßte er alle erschienenen, vor allem die Gäste, so den Oberbürgermeister Mertens, Amtsgerichtsdirektor Knigge als Vertreter des Landgerichtspräsidenten, Trautwein vom Bund deutscher Bodenreformer, Baute und König von den Schrebergärtnern, Klieg von Ifo-Bund, Lange vom Deutschen Beamten-Bund, Bahn von der sozialdemokratischen Partei, Schuhmann und Frau Ludwig von der Kommunistischen Partei Berlin, Woznijs vom Reichsbund der Kriegsbefehlshaber und einen Vertreter der schiffischen Mieter. Darauf folgten die

Ansprachen der Gäste.

Oberbürgermeister Mertens rief dann namens der Stadt Haberstadt den Erschienenen ein Willkommen zu. Er wünschte vollen Erfolg und bat, das große Gewicht bei den Verhandlungen nicht aus den Augen zu verlieren. Das sei um so eher möglich, als ja nicht nur reine Mieterfragen zur Erörterung ständen, sondern Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, vielleicht auch der allgemeinen Staatspolitik. Vor dem Kriege habe man ein Hausbesitzerprivileg festgestellt können. Während der Nachkriegszeit konnte man von einem Mieterprivileg sprechen, wie es ja auch die Mieterfrage u. a. beweisen. Allerdings ist dieses Privileg jetzt in Abzug begriffen zu sein. Die Stadterhaltung sei aufs innigste verbunden mit den Mietern. Nur in einem gesunden Haus könnten gesunde Menschen wohnen. Die Bestimmungen der Mieter würden daher auch dem Wohlergehen der Volksgesundheit und damit dem Staat gelten. Auch auf die Stellungspolitik kam Oberbürgermeister Mertens zu sprechen und hob die Verdienste der Bauingenieurwissenschaften hervor. Er behaupte nur, daß viele Leute die gesunden Wohnungen nicht mehr bewohnen könnten, weil sie nicht imstande wären, die Miete dafür aufzubringen. — Amtsgerichtsdirektor Knigge sprach Worte der Begrüßung und betonte sein Interesse für diese Verhandlungen, da er stellvertretend der Vorliegenden des Mietvereinskomitees sei. — Trautwein von den Bodenreformatoren zeigte die enge Verbindung zwischen Mietern und Bodenreformatoren auf. Man müsse vor allem billigen Baugrund beschaffen. — Für die Schrebergärtnerei sprach König. Die Schrebergärtnerei schaffe für die engen Wohnungen einen gewissen Ausgleich, streben aber danach, jedem nicht nur Sonne im Garten, sondern auch in der Wohnung zu verschaffen. — Klieg vom Ifo-Bund wies nach seiner Bevollmächtigung darauf hin, daß fast alle Mitglieder des Bundes auch der Mieterorganisation angehören. Das Interesse der Beamtenchaft an der Arbeit der Mieter hob deren Vertreter Lange hervor. — Daß die Grundforderungen des Mietervereins immer von der Sozialdemokratie vertreten wurden, legte Gen. Bahn dar. Es findeten schwere Entscheidungen

benor, die die Einigkeit der Mieter erforderten. Für die kommunalistische Partei sprach Schuhmann-Berlin. Er behaupte die Zersplitterung in der Mieterbewegung. — Für den Ortsverein Haberstadt begrüßte der Vorliegende die Gäste und Delegierten. Hierauf wurde vom Bundessprecher der Mietertag als eröffnet erklärt. Dann wurde das Präsidium gewählt. Als 1. Vorsitzender soll der Bundessprecher Dypert fungieren. Ihm stehen als weitere Vorsitzende Wiebelschlag-Haberstadt und Dr. Kummel-Frankfurt zur Seite. Als Schriftführer wurden gewählt Wiebelschlag-Haberstadt und Diegel-Eilenburg.

Darauf sprach der Bundessprecher Dypert über die wichtigsten Punkte des gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht.

Eingangs seines Berichts führte er an Hand von Zahlen aus, daß man die Wohnungen aus der Vorkriegszeit um das Doppelte steigern müßte, wenn man die Wohnungsnot beseitigen wollte. Man habe mit Hilfe der Hauszinssteuer Wohnungen gebaut. Die Zahl dieser Wohnungen sei in den Jahren 1929-30 gesteigert worden auf jährlich 300.000. Durch Notverordnung vom 1. Dezember 1930 seien die Mittel zum Wohnungsbau wieder beschränkt worden, so daß 1931 nur 120.000 Wohnungen gebaut wurden und in diesem Jahre dürfte es nicht einmal 100.000 sein. Früher habe man mit Hilfe öffentlicher Mittel Wohnungen bis zu 120 qm finanziert. Jetzt wolle man aber nur Kleinwohnungen bis zu 70 qm finanzieren. Der Vermieter wandle sich dann gegen die vorläufigen Bestimmungen, weil er die Wohnungen für zu klein hält. Weiter streifte der Redner das Reichsmietergesetz, das Mieterfrage und des Wohnungsmangelgesetz. Er behaupte, daß diese Gesetze unter dem Druck der politischen Verhältnisse abgelehnt wurden, obwohl ein wirtschaftlicher Anlaß dazu nicht vorliege. Die Wohnungswirtschaft sei zu früh gelodert. Der Hausbesitzer fühle sich wieder stark. Die Parteien des Hausbesitzes stehen deshalb auch das Reichsmietergesetz und das Mieterfragegesetz drei Jahre früher auf, denn diese Gesetze hätten bis zum 1. April 1936 laufen müssen. Man wolle dann einer Lockerung oder Aufhebung näher treten, nachdem das Mietrecht des BGB. unter sozialen Gesichtspunkten geändert worden sei. Die Mieter müßten aus dieser Erkenntnis heraus bei kommenden Wahlen ihre Entscheidungen treffen. Man bestreite die Wohnungsnot auch nicht, wenn durch Notverordnung bestimmt werde, daß die Hauszinssteuer, die die Mieter mit aufbringen müßten, zu einem Viertel falle. Das mache 2 Milliarden Mark aus. Diese würden dem Hausbesitz geschenkt. Der Mieterfuß sei bereits so durchsägt, daß er bald zusammenbreche. Die neue Regierung habe zudem erklärt, daß er bald fallen solle. Vielleicht werde die Regierung dann durch eine neue Notverordnung die Mietsbestimmungen des BGB. ändern und legen, daß die Bestimmungen wegen der sozialen Missgestaltung der Mietsbestimmungen erfüllt seien. Auch gegen die preußische Notverordnung wendete sich der Bundessprecher, da nach ihr dem erwerbslosen Mieter nicht einmal ein Teil der Hauszinssteuer geschenkt werde. Der Hausbesitz habe bei der Hauszinssteuer sowie schon einen Zwischengewinn, weil die preußischen Bestimmungen über die Hauszinssteuer von den reichsgesetzlichen Vorschriften abwichen. Die Mieter forderten Wiedereingangsregelung dieser Bestimmungen der Notverordnung und Erstattung des Zwischengewinnes des Hausbesitzes. Die laienmäßigen Miets felen nicht einmal um 8 Prozent gekent worden. Dem Hausbesitzer gebe man heute noch, (früher waren es 22 1/2 Prozent), für Instandhaltung des Hauses 17 Prozent und für die Verwaltung 5 Prozent. In der Vorkriegszeit seien es nur 7,5 Prozent gewesen. Trotzdem klagten fast alle Mieter darüber, daß an den Häusern nichts gemacht würde. Immer mehr zeige sich, daß die Hausbesitzer Vorteile erzielten, die Mieter aber nicht. Darum müßten die Mieter sich immer mehr organisieren und immer mehr ihren Protest gegen ihre Benachteiligung und gegen ungeheure Beschlagnahme erheben. — Mit diesem Referat war die öffentliche Delegiertentagung des Nachmittags geschlossen.

Mieterkundgebung im Elstium.

Am Anschluß an die Verhandlungen der Delegierten im Restaurant „Vaterland“ fand am Abend im „Elstium“ eine Mieterkundgebung statt. Zu dieser Kundgebung hatten zahlreiche Organisationen ihre Vertreter entsandt. U. a. waren am Abend Reichstagsabgeordneter Gustav Serf, Landtagsabgeordnete Minna

Bollmann, die Stadträte Wille und Treff und mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Stadterdeparatation. Das Orchester des Stadttheaters eröffnete die Veranstaltung mit dem Triumphmarsch aus „Aida“ von Verdi. Es wurden dann vom Volkshor unter der Leitung von Walter Hermanns Chöre und Musik aus Webers „Freischütz“ in einer feinen und eindrucksvollen Art geboten. Nachheriglich wird der Volkshor noch einmal Gelegenheit bieten, diese Chöre im Rahmen eines Konzerts zu hören. Sie bildeten mit den Chor- und Orchesterstellen aus der „Schöpfung“ von Haydn eine außergewöhnliche künstlerische Umrahmung der Kundgebung. Schließlich wurden zum Abschluß zwei bekannte und immer wieder gern gebotene Lieder zum Vortrag gebracht. Der Volkshor und das Orchester des Stadttheaters erboten mit ihren Darbietungen starken Beifall.

Am Mittelpunkt der Kundgebung standen Vorträge des Bundessprechers Frh. Dypert-Berlin und des Bundessprechermeisters Willi Grothaus-Berlin. Dypert trat einen Rückblick auf die Miet- und Wohnungsverhältnisse der Vorkriegszeit. Noch heute geht der Streit darüber, ob der Staat die Aufgabe habe, sich um die Wohnungsbeschaffung zu kümmern. In der Vorkriegszeit hand der Staat auf dem Standpunkt, daß es eine private Aufgabe sei, Wohnungen zu erstellen. Die Wohnung war eine Sache des freien Verkehrs. Der Bodenwucher wurde von den meisten — das ist auch heute noch der Fall — nicht als eine unmoralische Angelegenheit betrachtet. Von einem planmäßigen Wohnungsbau auf Grund des Bedarfs war keine Rede. Die Wirtungen der Spekulation machten sich natürlich bemerkbar. So kam es, daß vor dem Kriege ein Drittel zumeist Miets bezahl wurde. Eine Änderung der Verhältnisse wäre möglich gewesen, wenn nicht infolge des politischen Rechts der Hausbesitz die Gemeinden beherrsch hätte. Die prinzipiellste Ordnung im Wohnungswesen hat verlag. Eine Lösung der Wohnungsfrage im tieferen Sinne ist in der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich. Es gibt Kreise, die wieder zurück wollen zu den Vorkriegsverhältnissen. Das muß verhindert werden. Es kommt darauf an, die volkswirtschaftlichen Auffassungen zu befrachten und schon jetzt gelundene Grundrätze für das Wohnungswesen zur Durchführung zu bringen. Eine Mietsfrage in Vorkriegsverhältnisse ist eines Kulturvolkes unmöglich. Zur Geländung unseres Volkes und der Familie ist eine gesunde Wohnung unerlässlich.

Bundessprechermeister Grothaus entwickelte in temperamentvoller Weise das Programm des Reichsbundes deutscher Mieter und wies auf den bedeutungsvollen 31. Juli, an dem der Reichstag gewählt wird, hin. Jeder Tag ist, so sagte er, auch für die deutsche Mieterchaft von großer Bedeutung. Weltweit die Bildung des Kabinetts Japan muß im gesamten Volk den Willen erzeugen, daß diese Regierung des Reichstags nach dem Wahltage abtreten muß. Die Macht des Staates muß in den Händen des Volkes liegen. Und keine Regierung darf gegen das Volk regieren. Die Mieter sollten sich nicht von Parteien verlassen lassen, weil sie sich national oder Volkspartei nennen; ja es gibt sogar eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und doch nichts für die Mieter tut. Eins steht ohne weiteres fest: Das neue System hat viel mehr geleistet als das alte. Das alte System hat alles getan für die Haus- und Grundbesitzer und hat darüber hinaus die übliche Benachteiligung benachteiligt. Die Zukunft wird beherrscht werden von zwei Problemen, von dem Wohnungswesen und von der Arbeitslosigkeit. Wichtig ist die sofortige Aufhebung des Baumarktes zur Schaffung von Wohnungen. Damit würde die Arbeitslosigkeit gemildert und das Wohnungswesen wirksam befruchtet. Die Mieter wollen die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Die nach dem Kriege geschaffene Mieterfragegesetzgebung hat den Mietern einigen Schutz, aber im Laufe der Jahre wurde dieser Schutz immer mehr abgebaut, so daß bald nichts mehr übrig geblieben ist. Zu einem großen Teil hat die Mieterchaft an der Durchsägung der Mieterfragegesetzgebung selbst Schuld. Als der Entwurf eines sozialen Miet- und Wohnrechts im Wohnungsausgleich des Reichstages behandelt wurde, zeigte es sich, welche Parteien gegen die Mieter eingestellt sind. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten stimmten sämtliche anderen Parteien gegen die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts. Man will die letzten Reste der Mieterfragegesetzgebung beseitigen und die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für Wohnungs- und Mieterfragen annehmen. Damit wäre der Mieter wieder der Willkür des Hausbesitzers ausgeliefert. Es werden trostlose Zustände eintreten, wenn die Mieterchaft nicht auf dem Boden ist. Es sollte in einem Reichstag gar nicht möglich sein, daß man eine Familie auf die Straße setzen kann. Der Redner vertritt sich für noch über den Wohnungsausgleich, über die Schaffung einer Benachteiligung für Mieterfamilien und über andere Forderungen der Mieter. Er schloß damit, daß er

Nun ist sie da,

die 3 1/2 Pfg.-Zigarette der Bulgaria.

Wir haben im stillen daran gearbeitet, in dieser Preislage eine Zigarette zu schaffen, besser als alle anderen und würdig den übrigen Sorten der Bulgaria.

Jetzt wissen Sie, welche 3 1/2 Pfg.-Zigarette für Sie in Frage kommt.

Jetzt haben Sie auch für 3 1/2 Pfg. den Genuß höchster Qualität.

Bulgaria Sport, die 3 1/2 der Bulgaria mit Sport-Photos



die Mieter aufforderte, den Parteien am 31. Juli die Stimme zu geben, die sich in der Öffentlichkeit eingestellt und diese Einstellung tatsächlich bewiesen haben.

Beide Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nach Abwicklung des Programms blieben Gäste, Delegierte und Mitglieder noch einige Stunden gefällig beisammen.

Über die Tagung vom Sonntag werden wir noch berichten.

WERNIGERODE

Karl Höllermann Reichstagskandidat.

Die Unterbezirke Halberstadt-Wernigerode beschäftigten sich am Sonnabend in einer Sitzung der Vorstände mit der Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl. Der bisherige vom Unterbezirk Halberstadt-Wernigerode vorgeschlagene Kandidat, Reichstagsabgeordneter Paul Bader hatte wegen seines hohen Alters gebeten, von einer Wiederanstellung Abstand zu nehmen. Er begründete seine Ablehnung damit, daß es im Interesse der Partei liege, die gestellten Anforderungen an die Volkswortreiter auf die tragfähigeren Schultern jüngerer Parteigenossen zu legen. Die Unterbezirke konnten sich diesen Gründen nicht verschließen. In dem dem Genossen Paul Bader für seine bisherige Arbeit den Dank auszusprechen, ist auch der Bezirksauswahlschub Magdeburg-Anhalt als Nachfolger des Führers des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Karl Höllermann einstimmig vor. An zweiter Stelle schlägt der Unterbezirk den Genossen Richard Bartsch-Wernigerode für die Reichstagskandidatenliste vor.

Wir haben keinen Zweifel, daß die Aufstellung zweier jüngerer Kandidaten allgemeine Zustimmung der Parteigenossenchaft findet.

Der Fall Hörjüng.

Mitten in eine politisch hochbewegte Zeit plägte die Mitteilung, daß der 1. Bundesvorsitzende Kam. Hörjüng eine neue Partei gründen wolle, die „politisch links und wirtschaftlich rechts“ von der Sozialdemokratie orientiert sein sollte. Die lauffähige Frage hieran war der Wunsch Höllermanns und seiner Gefolgschaft aus der Partei. Auch der Bundesvorsitzende des Reichsbanners ließ sich gewonnen, gegen die Kameraden Hörjüng, den Reichsbannerleiter Pape, den Schwarzweiser Grohn und den Kamerader Schulz (Stiefsohn des Kam. Hörjüng) ein Ausschlußverfahren einzuleiten und sie von ihren Ämtern zu entheben. Im Genauen über diese Vorgänge zu hören, berief der Vorstand des Reichsbanners Wernigerode zum Donnerstagabend eine Versammlung ein, in der der Kam. Hörjüng Rede hielt. In sachlich durchaus korrekter Weise entließ der Redner sich über den gestellten Aufgabe und zeigte die Unmöglichkeit, den utopischen Plan des Hörjüngs Arbeitsbeschaffungsprogramms an sich und auch finanziell durchzuführen zu können. Schon bei der Gründung des „Reichsbanners“ durch Hörjüng habe die Vertrauenskrise zu ihm einen bedeutenden Rückschlag herbeigeführt, der sich nicht mehr vertieren ließ, als seine Absicht, die neue Partei zu gründen, bekannt wurde. In Versuchen in dieser Hinsicht hat er nicht gescheitert. Aber in dieser kritischen Zeit unsere Bewegung stärken wollte, von dem mühten wir uns trennen, auch wenn wir zu diesem Manne in einem Verwandtschaftsverhältnis gestanden haben.

Beifall folgte den Ausführungen. Die Ausrede zeigte die völlige Einigkeit aller Kameraden. Mit dem Gelächter, im kommenden Wahlkampf mit frischen Kräften aus Werk zu gehen und vor allem Beharrlichkeit an den Tag zu legen wurde die Aussprache geschlossen.

Kam. Heilmüller gab die Abrechnung bekannt. Auf die am letzten Sonnabend stattfindende Zusammenkunft der Reichsbanner-, Gewerkschafts-, Arbeiterpartei- und SWJ-Jugend im Gewerkschaftshaus zur Bildung der „Jungen Front“ innerhalb der „Eisernen Front“ wurde mit dem Entschluß hingewiesen, dafür Sorge zu treffen, daß alle in Betracht kommenden sich reiflos beteiligen.

Zu Beginn der Vollversammlung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kameraden Silberhagen von ihren Plätzen. Das Arbeiter-Sänger-Korps veranstaltete am 25. Juni eine Arbeitsversammlung für die Arbeiterjugend, an der alle Kameraden teilnehmen sollten, zumal die Arbeiterjugend sich überzeit ebenfalls in den Dienst unserer Bestrebungen hingeben.

Parteiversammlung. Auf die morgen Abend stattfindende Parteiversammlung wird nicht besonders hingewiesen. Bei der Aktivität unserer politischen Gegner und den Bemühungen der Kommunisten, müssen alle Mitglieder, die auch sonst noch wichtige Tagesordnungspunkte zu erledigen sind, in der Versammlung erscheinen.

Rache macht blind. Weil ein Anderer seiner Liebsten nachstellen soll, vor schon am Donnerstag zwischen zwei jungen Leuten ein Streit ausgebrochen, bei dem einigen gegenseitigen Rippen entsetzt. Als am Freitag die beiden „Freunde“ sich wieder trafen, kam das Blut in Wallung, der eine griff zum Messer und stach dem andern ins Gesicht. Der Verwundete mußte dem Kreisnarkenthus ausgeführt werden, während der Messerschläger eine empfindliche Strafe erwarten dürfte.

„Die blaue Blume“. Herausführung am Dienstagabend im Kurpark. Die blaue Blume“ ist ein romantisches Märchenroman, das aus dem Harzer Bergen. Der Satz lebt voller Energie und erachtet zur Johannistnacht mit seinen Märchen. Die Gnommen reiben sich die Augen, der Harzort plustert sich auf, die Eisen und Feen schlüpfen in ihre langen Gewänder. Und in dieser Nacht blüht eine Blume vorzogen und bewacht. Kein Mensch von heute hat sie gesehen. Aber unsere Mütter und Großväter wissen noch davon zu erzählen — und manche von den ganz Alten haben noch Menschen gekannt, die den blauen Schrein der sagenhaften Blume oben am Rennetenberg gesehen haben. Die Menschen haben heute solche Sorgen, vergessen alle Romantik, vergessen die Sage, vergessen die Märchen, vergessen die blaue Blume. Nur ein reiner, guter Mensch hat die Fähigkeit, die Blume zu finden. Alle, ein harter Bauerntand geht aus, diese Blume zu finden. Sie kämpft sich durch die Geisterwelt unserer Wälder hindurch bis dahin, wo die Blume zur Johannistnacht blüht. Und wer träumt nicht gern etwas gutes? Träumt nicht gern, daß die Sage in Erfüllung geht, und daß unsere Großväter recht behalten, wenn sie meinten, man sollte nicht alles so kritisch ablehnen, was hinter den Kulissen des Berufsstandes liegt.

Zu den Elternbesprechungen. Bei dem Wahlvorstand der Knaben-Vorschule sind drei Wahlvorsitzende eingegangen: Liste 1: Kemmott-Kirchberndt, beginnend mit Gen. Wilhelm Droste, Liste 2: Proletarischer Schulkampf, mit Walter Pester, und Liste 3: Christlich-unpolitische Liste, mit Karl Brauns. Die Listen hängen zur öffentlichen Einsicht für die Eltern im unteren Korridor der Schule aus. — Für die Mädchen-Vorschule sind ebenfalls drei

Eiserne Front für Einheitsfront!

Gegen unehrliche Einheitsfrontmanöver.

Die Kommunisten wenden sich an die verschiedenen Organisationen (Sozialdemokratische Partei, ADGB, Afa-Bund, Arbeiterpartei, Reichsbanner) mit gleichlautendem Schreiben, die offenbar im Bezirksbüro der ADP hergestellt werden, mit einem sogenannten Angebot auf Herstellung einer Einheitsfront. Dieses Ersuchen auf Herstellung der Einheitsfront steht in schroffem Widerspruch zu der Haltung der kommunistischen „Triebüne“, die noch am 12. Juni schreibt, Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Und fordert, daß die ADP, mit uns flüchtiger Energie, gegen die kapitalistische Todfeinde der Arbeiterklasse, die Strategie des Hauptflusses gegen die Sozialdemokraten innerhalb der Arbeiterklasse zu führen habe. Es wird weiter ausdrücklich gesagt, daß diese „Strategie zur Lösung der sozialdemokratischen, feingewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiten von den sozialistischen Führern führen soll“.

Bei einer solchen Einstellung der „Triebüne“, des offiziellen Organs der ADP, im Bezirk Magdeburg-Anhalt, haben wir erhebliche Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Leute. Wir denken bei dieser Gelegenheit auch an den 9. August 1931, wo die Kommunisten zusammen mit den Nationalsozialisten, den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen den Volksentscheid durchführten. Wir denken an alle die Gemeinheits-, die gegen sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiten brachten worden sind. Wir denken an die Versuche, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Wir glauben unter solchen Umständen nicht an eine ehrliche Einheitsfront für die ADP. Deshalb legen wir

Unsere Einheitsfront ist die Eisernen Front!

Bezirkskampfleitung der Eisernen Front Magdeburg-Anhalt.

Krankenkassentag Sachsen-Anhalt.

Wernigerode, 20. Juni.

In Wernigerode findet eine Tagung statt, die im ganzen Reich ihre Auswirkung erkennen lassen wird. Der feste Ernst, der aus allen Vorträgen des Krankenkassentages austritt, zeigt, daß die Sozialversicherung dem gemeinsamen Sturmangriff aller Gegner trotzen wird, so lange wir noch alle bestreben, die Referenten und die geschlossenen Masse der Krankenkassenvorleiter hinter der Sozialversicherung haben.

Der im vergangenen Jahre nach der Tagung in Dessau neu gewählte Vorsitzende

Buchholz eröffnete die Mitgliederversammlung, die unter der Leitung der wirtschaftlich schwachen Zeit von besonderer Bedeutung ist. Er bewillkommnete die zahlreichen Vertreter der Behörden, der Stadt und die Delegierten und hoffte, daß es dem Landesverband zu seinem Ziel gelingen werde, die Krankenversicherung zu retten. — Für die Magistrat hatte Stadtrat Gen. Steigewald, für sämtliche Reichs-, Staats- und sonstigen Behörden Regierungsabriteur Prof. Böker und für die Allgem. Ortskrankenkasse Wernigerode, deren Vorsitzender Schluß die Tagung begrüßte und ihr besten Verlauf und vollen Erfolg wünschte. Zur Unterfertigung des Vorhabens wurden Herr Schluß und zwei Schriftführer berufen.

Dann wählte der Leiter der Versammlung Buchholz, allen durch den Tod entfallenen Mitarbeitern einen ehrenvollen Nachruf, bei dem er besonders die Verdienste der Gen. W. Mühlmann in Magdeburg und W. Pfeiffer in Quedlinburg hervorhob. Während des Nachrufes hatten sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben.

Zu dem gedruckt vorliegenden

Geschäftsbericht

macht der Verbandsgeschäftsführer Heilmann-Halle eine Reihe interessanter Ausführungen, denen wir entnehmen, daß eine außerordentliche Mehrarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr zu leisten gewesen sei. Erklärlich ist die Entwidlung, welche die Vertretung der Krankenkassen bei den Oberaufsichtungsinstanzen genommen hat. Hierbei wird in den Einrichtungen der Streitverfahren eine größere Einheitsfront gemacht. Die noch abseits stehenden Klassen werden hoffentlich in Zukunft auch der Landesverbandsgeschäftsstelle die Vertretung in Streitfällen übertragen. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger hat sich sehr bemüht und manche erfolgreiche Arbeit geleistet. Besonders hervorzuheben ist der Abschluß eines Abkommens zwischen Krankenkassen und Dritten. Das bewußte Vertragsanliegen gegen Versicherungsgesellschaften mit Erfolg durchzuführen. Die Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten soll durch Abschluß eines Mantelvertrages endgültig beseitigt werden.

Der Landesprüfer Säusler-Halle berichtet dann eingehend über die Einrichtung der Landesprüfer und deren Arbeiten.

Der Verbandsgeschäftsführer Heilmann-Halle hielt dann einen großzügigen Vortrag über: „Besonderheiten aus der Ausmittlung des neuen Kassenarztes und Honorarformen aus die Krankenkassen Sachsen-Anhalts.“ Dabei wurden außerordentlich interessierende Einzelheiten über den abgelaufenen Mantelvertrag, über das Zulassungsrecht, den zu

Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Einheitsfront ab mehrheitlich der Kräfte der Republik und des Proletariats mehr denn je notwendig ist. Die kapitalistische Gesellschaft erfordert diese Einheitsfront. Die Einheitsfront ist aber nur möglich, wenn auf allen Seiten ein ehrlich gemeinter Einheitswille vorhanden ist.

Wir richten deshalb an die Bezirksleitung der ADP, die sich bisher noch nicht an die Bezirkskampfleitung der Eisernen Front gewandt hat, folgende Fragen:

1. Sind kommunistische Partei und „Initia“ bereit, die Angriffe gegen unsere der Eisernen Front angeschlossenen Organisationen und ihre Führer einzustellen?
2. Sind kommunistische Partei und „Initia“ bereit, im Wahlkampf nicht gegen die Sozialdemokratische Partei zu kämpfen?
3. Sind kommunistische Partei und „Initia“ bereit, im Wahlkampf den Hauptstoß gegen die Nationalsozialisten zu richten?

Die Beantwortung dieser Fragen ist notwendig, wenn eine wahre Einheitsfront zustandekommen soll. Im übrigen rufen wir alle die Arbeiter und Republikaner, rufen wir überhaupt alle, die willens sind, mit uns zusammen den Faschismus niederzuringen, zur aktiven Beteiligung an der Eisernen Front auf. Jeder, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist oder einer freien Gewerkschaft, oder einem Arbeiterpartei, oder dem Reichsbanner angehört, zählt zur Eisernen Front. Tretet ein in diese Organisationen und

die Einheitsfront ist da!

zählenden Regelbetrag an die Ärzte usw. gegeben, welche den Vertreter weiteren Unterlagen für die kommenden britischen Verhandlungen liefern. Außerordentliches Bedauern folgte.

Ein erschütterndes Bild über die Gesamtlage der Krankenkassen gab dann im letzten Vortrag des ersten Verhandlungstages der Geschäftsführer Heilmann über:

„Wirtschaftliche Fragen der Krankenkassen in Sachsen-Anhalt aus ihren Beziehungen zu ihren Lieferanten und Helfern.“

Weiter verbot uns unser beschränkter Raum ausführliche Überlegungen. Wir bringen daher auszugsweise die Lehren, die die Krankenkassen, fragt der Redner, die Einnahmen die Ausgaben ausgleichen. In eine Beitragsverhöhung ist in dieser schwierigen Zeit nicht zu denken, schon weil das Einkommen der Wirtschaft und der Versicherter so stark belastet ist, daß ein Mehr untragbar ist. Leistungsabbau ist nach den Erfahrungen ebenfalls unstatthaft, da wir so schon nur noch die Regelleistungen gewährleisten. So bliebe nur die Frage, ob wir an die Substanz herangehen dürfen und uns auf bessere Zeiten vorziehen. Eine solche Konterrevolution dürfen die Krankenkassen nicht betreiben. Es bleibt also nur der Weg offen abzubauen, ob das Einzelne notwendig oder überflüssig ist, um aus der Krise herauszukommen. Die Krankenkassen, Erfurt und Wiesbaden haben auf diesem Gebiete prächtige Siege errungen. An Hand von Beispielen wurde dann Kritik an der Verordnungsweise einzelner Ärzte zum Schutze der Kostenverwaltung geübt. Durch eingehende Prüfungen ließen sich auf dem Gebiete der Verhandlungen von Krankenkassen große Entlassungen erreichen. Auch gegen die Apotheker werden begründete Klagen geführt. Mit dieser Kritik soll der Apotheker und Arztstand nicht in einen Topf geworfen werden, sondern es sollen hier die Auswüchse bekämpft werden, im Interesse der Erhaltung der Krankenversicherung an sich selbst. Aber auch bei den Krankenkassenhältern ist der Erparungshebel anzulegen. Nicht der Vermögensnachlass an sich allein ist maßgebend, für die Höhe der Kosten, sondern die Vermehrung im Krankenhause und vor allem die Veranlassung der Vermehrung. Die Höhe der Krankenkassenleistungen müssen sich zu erweitern, daß hierbei die Kosten nicht zu Grunde gehen. Bedauerlich ist, daß der deutsche Staat in die Verhandlungen mit dem Krankenhauseverband und den Krankenkassen eingegriffen hat. Der Vergünstigung der Einzelabfälle der Kosten zeigt, daß aus dem ursprünglichen Gesundheitsgedanken der Krankenkassen niemand fassende Schritte setzen darf. Es gilt, alles daran zu setzen, um die Substanz der Kosten zu retten. Dazu müssen alle Kräfte aufgerufen werden. — Alle Vertreter sollten diesen Ausführungen einmütigen Beifall.

Bevor der erste Tag der Verhandlungen abgeschlossen wurde, gab Dir. S. a. n. Magdeburg als Mittels der Mandatsprüfungskommission bekannt, daß insgesamt 363 Personen an der Mitglieder-Vollversammlung teilnehmen und zwar: 57 Arbeitervereine und 121 Berufsvereine, 99 Angestellte und 86 Gäste. Im 19.30 Uhr schloß der Vorsitzende die Tagung mit dem Hinweis, daß am Sonntag früh mit der Aussprache über alle Vorträge begonnen wird.

sich mit der von den Gläubigern der Gemeinde bewilligten Zins- u. Tilgungshypothek für ein Jahr. Der Gen. Gramer betonte dabei, daß die dadurch erreichte Summe von rund 13.000 Mark bei einem Fehlbetrag von 110.000 Mark eine wesentliche Rolle spielen könne. Eine fällbare Entlastung der Gemeindefinanzen könne einzig und allein durch Arbeitsbeschaffung herbeigeführt werden. Die Gemeindeverwaltung stimmte der Ermächtigung zu. Dem Anz. Friedrich Rook auf Erwerb eines Baugeländes aus dem Sportplatz wurde gegen eine Stimme zugestimmt. Rook ist verpflichtet zwei Räume als Wohn- und Umkleekabinen dem Ortsanwalts für Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen und die Reinigung und Erhaltung unentgeltlich zu übernehmen. Die fürstliche Vermahlung hat gegen den Verkauf des Geländes zum Preise von 20 Bfa. pro Quadratmeter nichts einzuwenden. Die Gemeindeverwaltung gab ihre Zustimmung zum Verkauf von 31 und 8 Morgen Schrebergartengelände von der Siedlungsgesellschaft. Der Kaufpreis wird zu 90 Prozent von der Siedlungsbank gegeben. Die Summe muß mit 5 Prozent verzinst und getilgt werden. Auf die restlichen 10 Prozent verzinst die Siedlungsgesellschaft. Für die durch die Aufschließung entstehenden Kosten in Höhe von 650 Mark soll für jedes bedingungslos Rückzahl eine Gebühr von 8 Mark erhoben werden. Der Unterbezirk soll als Referendum angelegt werden. Der Gemeindebevollmächtigte Decker brachte noch einmal die ungleiche Entlohnung bei den Hoffkassensarbeitern zur Sprache. Er forderte für gleiche Arbeit gleiche Entlohnung. Der Gemeindebevollmächtigte sprach eine Nachprüfung und evtl. Nachzahlung.

Kreis Wernigerode

Jensenburg, 18. Juni. Die Gemeindebevollmächtigtensitzung, die gestern stattfand und von allen Vertretern besucht war, befaßte

